

Der europäische Einigungsprozess seit 1948

Zeitleiste

Auf der Suche nach einer institutionellen Form (1948 – 1989)	Das politische Europa, Fortschritte und Hindernisse (1989 bis heute)
1949 Churchill Föderalist 1950 Robert Schuman , deutsch-französische Zusammenarbeit, EGKS (1951) 1952 Jean Monnet , Vorsitzender der EGKS 1957 Die Römischen Verträge, EWG und Euratom 1974 Europarat 1981 Mitterand setzt sich für die deutsch-französische Freundschaft ein	2005 Ablehnung der europäischen Verfassung 2007 Vertrag von Lissabon 2011 Projekt einer Überarbeitung der europäischen Verträge
	1992 Jacques Delors , Föderalist, Vertrag von Maastricht 1993 Die EWG wird zur EU

Fragestellung :

- Die ehemaligen Feinde wollten ein Europa des Friedens. Welche Herausforderungen und Schwierigkeiten prägten den politischen Einigungsprozess nach dem 2. Weltkrieg?
- Die EU ist eine regionale Organisation, die sich im Laufe der Zeit immer wieder erweitert hat, die Institutionen müssen sich diesen Erweiterungen anpassen. Eine EU mit nur 6 Staaten kann nicht auf die gleiche Weise funktionieren wie eine EU mit 27 Staaten. Welche Perspektiven gibt es für die EU heute?

Auf der Suche nach einer institutionellen Form

Das Projekt ein geeintes Europa zu gründen war nicht neu. Vor 1945 gab es schon Bestrebungen in diesem Sinne, die sich auf eine gemeinsame Kultur und Geschichte stütze. Sogar Hitler wollte ein geeintes Europa!

Nach 1945 waren die Bedingungen günstig: Der Wiederaufbau und der gemeinsame Wille einen dauerhaften Frieden zu schaffen gaben dem Projekt eine Legitimität, weshalb sich führende Politiker für dieses Projekt einsetzten. Die amerikanische Eindämmungspolitik förderte den Einigungsprozess.

Aber von Anfang an konnte man sich nicht auf ein gemeinsames Projekt einigen. Man war auf der Suche nach einer geeigneten institutionellen Form. Die einen wollten ein **föderales Europa** (Sozialdemokraten und Christdemokraten in Westdeutschland und Beneluxstaaten), andere wollten Europa auf einen **Staatensbund souveräner Staaten** beschränken (Gaullisten). Deshalb wurde die europäische Einigung Schritt für Schritt und nur im wirtschaftlichen Bereich vertieft (EGKS, EWG). Es entstanden dennoch supranationale Institutionen. (Seite 119 M 4)

Beispiel: Euratom (die Europäische Atomgemeinschaft)

Im März 1957 wurden in Rom die berühmten „Römischen Verträge“ unterzeichnet. Mit dem ersten Vertrag wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und mit dem zweiten die Europäische Atomgemeinschaft, besser bekannt unter dem Namen Euratom, gegründet.

Angesichts des in den 50er Jahren bestehenden allgemeinen Mangels an herkömmlichen Energieträgern wandten sich die sechs Gründerstaaten (Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande) der Kernenergie zu, in der sie eine Chance sahen, Unabhängigkeit in der Energieversorgung zu erreichen. Da die Investitionskosten im Bereich der Kernenergie die Möglichkeiten einzelner Staaten überschritten, schlossen sich die Gründerstaaten zusammen und gründeten die Euratom.

Allgemeines Ziel des Euratom-Vertrags ist es, zur Bildung und Entwicklung von Kernindustrien in Europa beizutragen, dafür zu sorgen, dass alle Mitgliedstaaten von der Entwicklung der Atomenergie profitieren, und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. (http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/treaties_euratom_de.htm)

Europa überlebte seine Krisen: die gescheiterte EVG 1954; die gaullistische Opposition gegen den Beitritt Großbritanniens (1963 und 1967) oder das Prinzip der **qualifizierten Mehrheit***, dass das Prinzip der **Einstimmigkeit**** ersetzt hatte; die Opposition Margaret Thatchers gegen das föderale Projekt von Jacques Delors. Aber zu dieser Zeit bestand Europa (EG) nur aus 12 Staaten! Wie sollte es weitergehen?

Erweiterungen und Vertiefung

Innerhalb von 15 Jahren wurde aus dem Europa der 12 eine EU mit 27 Mitgliedstaaten (500 Millionen Einwohner). Europa wurde zuerst nach Süden erweitert und mit dem Ende des Kalten Krieges bot sich die Möglichkeit der Osterweiterung.

Die neuen Mitgliedstaaten mussten ihren wirtschaftlichen Rückstand aufholen. Die Länder des ehemaligen Ostblocks mussten ihre Planwirtschaft auf die freie Marktwirtschaft umstellen und ihre Demokratisierung vorantreiben.

Der Vertrag von Maastricht (1992) führt das **Subsidiaritätsprinzip***** ein, dies bedeutet eine Vertiefung der europäischen Beziehungen, denn die supranationalen Institutionen werden gestärkt. Die EG wird zur Europäischen Union (1993). Seit 2010 existiert ein europäischer Präsident (Amtszeit 1 Jahr).

Das politische Europa wird sehr oft von den **Souveränisten****** kritisiert. Sie wollen die europäische Gesetzgebung in ihrem Lande soweit wie möglich begrenzen. Die Franzosen und die Niederländer haben die europäische Verfassung durch eine Volksabstimmung abgelehnt (2005). Seitdem ist das Problem der politischen Annäherung und Vertiefung noch nicht gelöst. Die Befürworter Europas wollen eine demokratische Vertiefung der europäischen Institutionen und wünschen sich eine Föderation. Das Parlament kann vorläufig nur zusammen mit der Kommission Entscheidungen treffen. Europa hat keine gemeinsame Außenpolitik und ihre Verteidigung wird im Rahmen der NATO unter amerikanischer Vorherrschaft organisiert. (Seite 162) Wir sind aber europäische Staatsbürger und das europäische Parlament wird von den europäischen Bürgern gewählt.

Gleichzeitig verlangen die Globalisierung und auch die außenpolitische Lage gemeinsame Entscheidungen und Aktionen: Regulierung im Bereich der Finanzen und Steuern, Politik gegenüber Russland und die Ukraine.

***Qualifizierte Mehrheit:** Jeder Staat erhält eine Stimmenzahl, die seiner Bevölkerung proportional entspricht.

**** Einstimmigkeit:** Eine Abstimmung, die sich auf das Einvernehmen aller Mitglieder stützt. Das Souveränitätsprinzip wird dabei gewahrt, aber oft werden Entscheidungen blockiert.

***** Nach dem Subsidiaritätsprinzip** soll eine (staatliche) Aufgabe soweit wie möglich von der unteren Ebene bzw. kleineren Einheit wahrgenommen werden. Die Europäische Gemeinschaft darf nur tätig werden,

wenn die Maßnahmen der Mitgliedstaaten nicht ausreichen und wenn die politischen Ziele besser auf der Gemeinschaftsebene erreicht werden können.

Souveränisten**** Verfechter der nationalen Souveränität, die für ein Europa der Staaten eintreten (Staatenbund), im Gegensatz zu den Föderalisten, die ein föderales, supranationales Europa wollen (die Vereinigten Staaten Europas? Oder wie die Schweiz).

Schema: Der europäische Einigungsprozess seit 1948

	1948 – 1973	1978 – 1993	1993 - 2012
Die Ziele und Projekte	Frieden in Westeuropa schaffen Eine politische Union durch wirtschaftliche Annäherung fördern	Wirtschaftswachstum Mehr Demokratie (Europäische Wahlen seit 1979)	Die neuen Mitgliedstaaten des Ex-Ostblocks integrieren Den internationalen Einfluss der EU stärken
Organisationen	1949: Der europäische Rat 1951: EGKS 1952: EVG (1954 gescheitert) 1957: EWG u. Euratom	Die EWG wird zur EG und dann zur EU	Europäische Union
Erweiterungen	6 Gründerstaaten F, RFA, It, Benelux	1973 9 Staaten mit GB, Ir, Dänemark 1981 10 Staaten mit Griechenland 1986 12 Staaten mit Sp und Portugal	1995 15 Staaten mit AU, S und Fin 2004 25 Staaten mit 8 Ostblockstaaten und Malta, Zypern 2007 27 Staaten mit Rumänien und Bulgarien
Hindernisse	<u>Gegensätze:</u> Föderalisten/“Souveränisten“ die einen Staatenbund wollen Politische Gegner: Gaullisten Kommunisten	Britische Forderungen gegen den europäischen Haushalt.	Die Zahl der Kritiker steigt an. Scheitern der Volksabstimmung